



# BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

## → TOP-ISSUES

### FINANZMINISTERKONFERENZ: DEUTLICHE VERSCHÄRFUNG DER STRAFBEFREIENDEN SELBSTANZEIGE BEI STEUERHINTERZIEHUNG BESCHLOSSEN

Auf ihrer Jahreskonferenz am 09.05.2014 haben die deutschen Finanzminister von Bund und Ländern schärfere Regelungen für die strafbefreiende Selbstanzeige beschlossen (vgl. auch BID 2014.20 und im Detail vgl. hierzu Pressemitteilung vom 09.05.2014):

- Im Grundsatz bleibt die Selbstanzeige unabhängig von der Höhe des Hinterziehungsbetrags erhalten.
- Die Grenze für einen zusätzlichen Strafzuschlag bei Steuerhinterziehung soll jedoch von bisher 50.000 Euro auf 25.000 Euro abgesenkt und der Strafzuschlag auf die Steuerschuld von bisher 5 % auf 10 % erhöht werden. Ab einem Hinterziehungsbetrag von 100.000 Euro sind künftig sogar 15 % Zuschlag, ab einem Hinterziehungsbetrag von 1 Mio. Euro sogar 20 % Zuschlag zu entrichten. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

#### OECD: ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZU HYBRIDEN GESTALTUNGEN

Am Mittwoch, den 07.05.2014 sind zu den Diskussionspapieren zur Verhinderung doppelter Nichtbesteuerung bei hybriden Gestaltungen (Aktion 2 des BEPS-Aktionsplans, siehe hierzu BID Steuerpolitik 2014.14) zahlreiche Kommentare veröffentlicht worden. Diese sollen u. a. in dieser Woche vom 15. bis 16.05.2014 anlässlich einer öffentlichen Konsultation diskutiert werden.

Hintergrund: <http://goo.gl/Phnool>

#### OECD: ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZU DOKUMENTATION VON VERRECHNUNGSPREISEN UND COUNTRY-BY-COUNTRY REPORTING

In der kommenden Woche wird am 19.05.2014 eine öffentliche Konsultation zum Diskussionspapier zur Dokumentation von Verrechnungspreisen und zum Country-by-Country Reporting (Aktion 13 des BEPS-Aktionsplans) stattfinden. Die OECD beabsichtigt, eine Vorlage für ein Country-by-Country Reporting zu entwickeln, um u. a. eine Einschätzung über die tatsächliche wirtschaftliche Tätigkeit von Unternehmen vornehmen zu können (siehe hierzu u. a. BID Steuerpolitik 2014.13; 2013.43).

Hintergrund: <http://goo.gl/GdSRFT>

## EDITORIAL

Liebe Leser,

Baden-Württemberg fordert in einer beantragten Entschließung des Bundesrates zur Bekämpfung internationaler Steuergestaltungen insbesondere nationale Maßnahmen. Die Vorhaben der OECD sollen u. a. um nationale Vorschriften zur Vermeidung des doppelten Abzugs von Betriebsausgaben und zu europaweiten Anzeigepflichten von Steuergestaltungsmodellen ergänzt werden. Eine insbesondere von den SPD-Länderfinanzministern favorisierte Erhöhung der Abgeltungsteuer steht wohl vorerst nicht auf der Agenda der Bundesregierung – dank des Koalitionsvertrages, der Steuererhöhungen für diese Legislaturperiode ausschließt. Die Diskussion wird aber mittelfristig wieder aufkommen, eine Gleichbehandlung von (derzeit niedriger besteuerten) Kapitaleinkünften und Arbeitseinkommen gefordert werden. Wenn im Jahr 2017 mit dem automatischen Informationsaustausch eine Meldung der Auslandskonten an die Heimatländer zwischen den 46 Ländern beginnt, dann wird von vielen für die vergleichsweise niedrigere Abgeltungsteuer keine Notwendigkeit mehr gesehen. Allerdings ist im Auge zu behalten, dass eine Lösung für Unternehmen gesucht werden muss. Eine Lösung für die strafbefreiende Selbstanzeige ist inzwischen gefunden. Die Länder verständigten sich auf eine deutliche Verschärfung ab 2015. Diese droht einer Abschaffung gleichzukommen: Es ist daher ratsam, den Weg in die Steuerehrlichkeit noch in diesem Jahr zu suchen.



Dr. Tanja Wiebe, LL.M.  
Managing Director FinTax policy advice

## PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

## CONTENT

### → TOP-ISSUES ..... 1 – 7

### → OUTGOING ..... 8 – 9

vom 12.05. bis 16.05.2014

Öffentliche Anhörung des Haushaltsausschusses zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014

### → BFH-ENTSCHEIDUNGEN 10 – 11

vom 14.05.2014

### → BMF-SCHREIBEN ..... 12

vom 09.05. bis 15.05.2014

### → STATUS ..... 13 – 21

zum 16.05.2014

Gesetz zur Anpassung von Gesetzen auf dem Gebiet des Finanzmarktes

Gesetz zu dem Abkommen vom 09.09.2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik der Philippinen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2015 und zum Finanzplan 2014 bis 2018 sowie zum Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“

... sowie weitere Gesetze

### → UPCOMING ..... 22 – 23

vom 17.05. bis 23.05.2014

**Bundestag:** 36. Sitzung mit Beratung des Antrags der Fraktion Die Linke: Gemeindefinanzwirtschaftsteuer einführen – Kommunalfinanzen stärken

**Bundesrat:** 922. Sitzung u. a. zum Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung steuerlicher Regelungen an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (149/14)

**Stakeholder:** Deutscher Steuerberaterkongress 2014

## AKTUELLE STEUERSCHÄTZUNG ZEIGT SOLIDE EINKOMMENSNAHMEBASIS

Die aktuelle Prognose der Steuerschätzer hat ergeben, dass die Steuereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden von 639,9 Mrd. Euro im Jahr 2014 auf voraussichtlich rund 738,5 Mrd. Euro im Jahr 2018 steigen werden. Dieses Ergebnis stammt aus der 144. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die vom 06. bis 08.05.2014 stattgefunden hat. (...)

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 4](#)

---

## BUNDESRAT: ANTRAG BADEN-WÜRTTEMBERGS ZUR BEKÄMPFUNG INTERNATIONALER STEUERGESTALTUNGEN

Da in der EU Einnahmen durch Steuerflucht und Steuerumgehung verloren gehen (Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments vom 04.12.2013; B7-0552/2013), wird der Bundesrat in dem Antrag des Landes Baden-Württemberg aufgefordert, eine Entschließung zu fassen. In der Plenarsitzung des Bundesrates am 23.05.2014 soll hierüber beraten werden. (...)

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

---

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

## AKTUALISIERTE FASSUNG DER GLEICH LAUTENDEN LÄNDERERLASSE ZUR ANWENDUNG DES § 1 ABS. 2A GREStG

## BUNDESREGIERUNG: STELLUNGNAHME ZUM STEUERVEREINFACHUNGSGESETZ DES BUNDESRATS

---

Diese Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 6](#)

---

### DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

[www.fintax-pa.de](http://www.fintax-pa.de)

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN [mail@bid.ag](mailto:mail@bid.ag)



## PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔ .....

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

## PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter: [www.bid.ag](http://www.bid.ag)

## REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

**Dr. Sandra Busch-Janser**  
[sbj@bid.ag](mailto:sbj@bid.ag), 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

**für Energiepolitik:**  
Moritz Hunger, [mh@bid.ag](mailto:mh@bid.ag), -26

**für Gesundheitspolitik:**  
Roberta Wendt, [rw@bid.ag](mailto:rw@bid.ag), -27

**für Netzpolitik:**  
Aylin Ünal, [au@bid.ag](mailto:au@bid.ag), -25

**für Steuerpolitik:**  
Dr. Tanja Wiebe, [tw@bid.ag](mailto:tw@bid.ag), -20

## IMPRINT

Herausgeber: polisphäre e.V.  
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin  
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

[berlin@polisphäre.eu](mailto:berlin@polisphäre.eu)  
[www.polisphäre.eu](http://www.polisphäre.eu)